

Linksfraktion startet erfolgreiche Initiativen vor der Sommerpause

Die letzte Sitzung der Stadtvertretung vor der Sommerpause begann mit einem Schreck. Stuckelemente waren von der Decke gefallen und man kann von Glück reden, dass niemand verletzt wurde. Ein schlechtes Omen war dies dennoch nicht. DIE LINKE hatte zahlreiche, gute Initiativen ergriffen und erhielt dafür überwiegend Zuspruch.

Schwerin bleibt friedlich und weltoffen

„Gesicht zeigen!“, darum ging es in einer EntschlieÙung aller demokratischen Fraktionen, die von der LINKEN auf den Weg gebracht wurde. Die rechtsextreme NPD hatte jüngst in ihrer neuen Postille für die Landeshauptstadt dafür geworben, Räumlichkeiten zur Miete anzubieten. Ihr Ziel ein nationales Jugendzentrum in Schwerin. Dagegen wandten sich alle demokratischen Stadtvertreter und beauftragten OB Angelika Gramkow damit, sich in geeigneter Form an die Haus- und Grundstücksinhaber heranzutreten, um dieses Vorhaben zu verhindern.

Haushaltssicherungskonzept und Konsolidierungsvereinbarung mit dem Land

Aufgrund des Haushaltsdefizits, 238 Mio EUR Einnahmen stehen 270 Mio EUR Ausgaben gegenüber, muss Schwerin sein Haushaltskonsolidierungskonzept fortschreiben. Fraktionschef Gerd Böttger betonte, „dass DIE LINKE dem Verwaltungsentwurf zustimmen werde. Auch wenn das Innenministerium als kommunale Aufsichtsbehörde Einwände erhebt und darüber hinaus gehende Maßnahmen einfordert, besteht die Hoffnung auf Teilfreigaben, z.B. für wichtige Investitionen.“ Trotzdem stimmten CDU/FDP und SPD/Grüne dagegen. Als Fortschritt wertete Gerd Böttger, dass die „groÙe Koalition“ nun eigene Konsolidierungsvorschläge über den Finanzausschuss unterbreiten will. Kritisch sieht die LINKE die von CDU/FDP und SPD/Grünen per Beschluss angestrebte Konsolidierungsvereinbarung. Diese sei „nicht irgendein Papier – sondern ein bindender, öffentlich – rechtlicher Vertrag. Damit soll der Druck auf die OB erhöht werden, die aus Sicht der LINKEN richtigerweise immer betont hat, keine Einsparvorschläge zu unterbreiten, die das städtische Leben in Schwerin substantiell beeinträchtigen.

Mehreinnahmen durch Übernachtungssteuer erneut abgelehnt

Der Vorschlag zur Einführung einer moderaten Übernachtungssteuer ab 2013 könnte einen Beitrag zum Schuldenabbau leisten. Er brächte bei konservativ gerechnet ca. 350.000 Übernachtungen im Jahr immerhin Mehreinnahmen von bis zu 600.000 EUR. DIE LINKE hält dies angesichts der Haushaltslage der Stadt für vertretbar. Die Abgabe hätte 1 bis 2 EUR betragen, Übernachtungspreise unter 25 EUR und damit vor allem kleinere Beherbergungsbetriebe wären außen vor geblieben und der Verwaltungsaufwand wäre bei Steuerabführung einmal im Quartal gering gehalten worden. Die Regelung hätte kaum einen Hotelgast aus der Stadtgetrieben, wie vor allem die CDU/FDP es den Bürgerinnen und Bürgern weiß machen wolle, so Fraktionsvize Henning Foerster.

Spielplatzangebot in der Paulsstadt optimieren

Viele junge Familien wohnen dort und weitere ziehen zu. Daher hat vor anderthalb Jahren die Initiative Paulsstadttreff im Rahmen einer Diskussionsrunde die Idee entwickelt, die Freifläche hinter der Häuserzeile Gerhardt Hauptmann Straße in Richtung Pestalozzistraße für die Errichtung eines Spielplatzes zu nutzen. „Die Fläche liegt ruhig im Innenhof, gehört der Landeshauptstadt Schwerin und wäre insofern verfügbar, allerdings müsste die Spielplatzkonzeption der Landeshauptstadt angepasst werden“, so Fraktionsvize Anja Janker in der Debatte. Bisher vorhandene Spielplätze wie am Löwenplatz sind nicht ohne Querung von verkehrsreichen Straßen zur Erreichen oder für die überwiegend im Bahnhofsquartier ansässigen Familien mit weiteren Wegen verbunden, wie am Platz der OdF.

Stellenbeschreibungen der Gleichstellungsbeauftragten soll angepasst werden

Wenige Tage vor der jährlich stattfindenden CSD Festwoche, brachte Peter Brill den Antrag ein. Daran wird die Oberbürgermeisterin aufgefordert, die Stellenbeschreibung der Gleichstellungsbeauftragten zu erweitern. Neben die Gleichstellung von Frauen und Männern soll Frau Willert künftig auch Ansprechpartnerin in Sachen Gleichstellung von Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transgendern sein. Der Antrag wird in den Fachausschüssen weiterberaten.

Kostensenkung bei Hilfen zur Erziehung

Dieser Antrag zielt nicht darauf ab, den betroffenen Familien die erforderliche Hilfestellung zu verweigern. „Es geht vielmehr darum, die Passgenauigkeit, also den Zeitpunkt und Umfang der Hilfsmaßnahmen zu überprüfen, die kostenaufwendigen Unterbringungen beim Kinder- und Jugendnotdienst durch Wochenenddienste bei den Trägern zu verhindern, Präventionsmaßnahmen, wie Schulwerkstätten zu stärken und die Leistungsstrukturen zu evaluieren“, so Peter Brill. Seit dem tragischen Todesfall von Lea Sophie sind die Kosten für die Hilfen zur Erziehung drastisch angestiegen. Auch dieses Thema wird nun in den Fachausschüssen weiter diskutiert.

Mehr Transparenz durch LIVE – Stream Übertragungen

Mit dieser Informationsmöglichkeit hätten die Schwerinerinnen und Schweriner künftig die Möglichkeit, die Arbeit in der Stadtvertretung aus erster Hand zu verfolgen. „Wir glauben, dass dies ein Angebot an alle Generationen ist, denn mittlerweile sind moderne Kommunikationsformen nicht allein der Generation Internet, also den Jüngeren zugänglich. Auch immer mehr Ältere nutzen regelmäßig das World Wide Web, so Henning Foerster in der Debatte. „In dem Wissen, dass uns die Bürgerinnen und Bürger sprichwörtlich auf die Fingerschauen, wäre manche Diskussion vielleicht auch wieder etwas mehr an der Sache orientiert, als es aktuell mitunter der Fall ist.“

Einführung des anonymisierten Bewerbungsverfahrens

Der gleichberechtigte Zugang zum Arbeitsmarkt für bestimmte Personengruppen nach wie vor nicht gegeben. Frauen, MigrantInnen oder ältere Personen werden häufig schon vor der Einladung zum Bewerbungsgespräch aussortiert. Dies widerspricht dem AGG, das den gleichberechtigten Zugang bei gleicher Qualifikation und Leistung ausdrücklich vorsieht. Mit dem Pilotprojekt „Anonymisierte Bewerbungsverfahren“ vom März 2012 wurde nachgewiesen, dass bei Verzicht auf das Bewerbungsfoto, den Namen, die Herkunft und das Alter in der initiativen Bewerbungsunterlage, eine deutliche Verbesserung erzielt wird. Die persönlichen Daten werden erst während des Bewerbungsgespräches preisgegeben, entscheiden für die Einladung ist das Qualifikationsprofil. Aus Sicht der LINKEN sollte die Landeshauptstadt diesbezüglich mit gutem Beispiel vorangehen.

Schönen Urlaub!

Die Stadtfraktion DIE LINKE wünscht allen Schwerinerinnen und Schwerinern erholsame Urlaubstage!